

The logo for the Bavarian Business Association (vbw) is located in the top right corner. It consists of a dark blue square containing the lowercase letters 'vbw' in white, bold, sans-serif font. Below the letters, the text 'Die bayerische Wirtschaft' is written in a smaller, white, sans-serif font.

**vbw**

Die bayerische Wirtschaft

# Tag der Bayerischen Wirtschaft Festliches Abendessen

**Mittwoch, 26. September 2018 um 18:40 Uhr**

Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union, Festsaal

Rue Wirtz 77, 1000 Brüssel

---

## Begrüßung

---

**Alfred Gaffal**

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Staatsminister  
Eisenreich,

sehr geehrter Herr Kommissar Oettinger,

sehr geehrte Damen und Herren

Abgeordnete des Europäischen Parlaments,

sehr geehrte Vertreter der Europäischen  
Kommission,

sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zum festlichen  
Abendessen, mit dem wir den heutigen Tag  
der Bayerischen Wirtschaft langsam  
ausklingen lassen.

Ich danke der Bayerischen Staatsregierung  
für das gute und vertrauensvolle  
Miteinander

- beim Tag der Bayerischen Wirtschaft,
- und in der Europapolitik insgesamt.

Die bayerische Wirtschaft bekennt sich ohne Wenn und Aber zu Europa.

Nur in einem starken Europa kann auch Bayern stark sein.

Europa befindet sich allerdings in einem tiefgreifenden Wandel:

- Zum ersten Mal in der Geschichte der EU kehrt der Staatengemeinschaft mit dem Vereinten Königreich ein Mitgliedsstaat den Rücken.
- Hinzu kommen Handelskonflikte mit unabsehbaren weltwirtschaftlichen Folgen.
- Zudem treiben Populisten und Radikale in vielen Mitgliedsstaaten die Spaltung der Gesellschaft voran.

In diesen Zeiten müssen wir uns alle dafür einsetzen, dass die Einheit Europas gewahrt bleibt!

Uns allen muss klar sein, dass wir die genannten Herausforderungen nur gemeinschaftlich in den Griff bekommen können.

Dazu muss sich die EU weiterentwickeln.

In diesem Punkt geben wir Kommissionspräsident Juncker recht.

Mitte Juni haben die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron in Meseberg ein französisch-deutsches Reformpaket auf den Weg gebracht, das viele gute Vorschläge enthält.

Einige Vorschläge sind bedenkenswert.

Mehr Europa

In einigen Politikbereichen brauchen wir eine bessere europäische Zusammenarbeit.

Das gilt vor allem für die Flüchtlingspolitik und die Grenzsicherung.

Wir als bayerische Wirtschaft befürworten vor allem die Pläne,

- die Herkunfts- und Transitländer stärker zu unterstützen,
- die EU-Außengrenzen besser zu schützen,
- ein einheitlich geltendes Asylsystem zu etablieren,
- die Sekundärmigration stärker zu bekämpfen,
- und eine europäische Grenzpolizei einzuführen.

„Mehr“ Europa brauchen wir außerdem in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Durch eine bessere Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik können Synergien geschaffen und Kosten gespart werden.

Mehr Investitionen in die Verteidigung führen auch dazu, dass wir uns von den USA ein Stück weit emanzipieren können.

Auch die Weiterentwicklung des Binnenmarktes steht zurecht im Fokus europäischer Reformbestrebungen.

Am Beispiel Bayerns sehen wir, wie wichtig der gemeinsame Binnenmarkt ist: 56 Prozent der bayerischen Exporte gehen in die EU.

Gleichzeitig profitiert das europäische Ausland: Beinahe 62 Prozent aller bayerischen Einfuhren stammen aus der EU.

Vor allem der Digitale Binnenmarkt muss möglichst schnell vollendet werden!

Schließlich ist die Digitalisierung der zentrale Wachstumstreiber!

Ein Wachstumsmotor ist auch die Industrie:

Wir begrüßen es daher, dass die europäische Politik die Industrie stärken will.

Ziel der Kommission ist es, den industriellen Wertschöpfungsanteil bis zum Jahr 2020 von 16 auf 20 Prozent zu erhöhen.

Meine Damen und Herren,

klar ist aber auch: mit überzogenen CO<sub>2</sub>-Einsparzielen für die deutsche und europäische Automobilindustrie werden wir genau das Gegenteil erreichen.

Die EU-Kommission hat sehr ambitionierte CO<sub>2</sub>-Einsparziele bis 2025 und 2030 vorgelegt (30 % bis 2025, 15 % bis 2030).

Diese Vorgaben gehen an die absolute Grenze dessen, was für unsere Hersteller technisch gerade noch realisierbar ist.

Das wird schwer genug!

Es darf auf keinen Fall sein, dass das Europäische Parlament oder der Rat diese Grenzwerte noch weiter verschärft!

Die bayerische Automobilindustrie steht für 30 Prozent der industriellen Wertschöpfung des Freistaats und weit über 200.000 Arbeitsplätze.

Das dürfen wir nicht durch überzogene Grenzwerte kaputtmachen!

Ein zentraler Hebel für unsere Wettbewerbsfähigkeit ist schließlich die europäische Steuerpolitik.

Sie muss stärker auf Wachstum ausgerichtet sein!



Ein wichtiges Ziel muss es außerdem sein, die Regeln der Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer zu harmonisieren.

Eine europäische Sondersteuer auf digitale Geschäftsmodelle lehnen wir ab. Sie würde den Auf- und Ausbau großer europäischer digitaler Plattformen stark behindern.

Das können wir uns nicht leisten!

Gleichzeitig müssen wir der überbordenden Bürokratie Einhalt gebieten!

EU-Vorgaben dürfen durch die nationalen Gesetzgeber keinesfalls verschärft werden!

Meine Damen und Herren,

Europa muss sich weiterentwickeln – aber nicht in die falsche Richtung.

In manchen Politikfeldern ist das Motto „mehr Europa“ wenig zielführend.

Dort, wo der Ruf nach mehr Europa

– auf mehr Staat,

- mehr Bürokratie und
- mehr Transfers

hinausläuft, werden wir Europa nicht stärker, sondern schwächer machen!

Das Grundproblem in der EU ist, dass zu viele Mitgliedsstaaten an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben.

Die Folge ist eine hohe Arbeitslosigkeit in diesen Ländern – besonders von jungen Menschen.

Diese strukturellen Probleme müssen über eine konsequente Reform- und Wachstumspolitik gelöst werden.

Eigenverantwortung ist deshalb vor allem in der Haushaltspolitik gefragt.

Die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus darf nicht in einer Transferunion enden.

Auch bei der Bankenunion darf es keine Trennung von Risiko und Haftung geben.

Jeder Mitgliedstaat ist selbst für die Risiken verantwortlich, die in seinen Banken liegen.

Zudem ist jedes Land selbst verantwortlich für die Ausgestaltung der Sozialsysteme.

Der geplante Ausbau der EU-Sozialpolitik ist der falsche Weg, auch weil er in eklatanter Weise gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt.

Historisch gewachsene, höchst unterschiedliche Sozialsysteme dürfen nicht über einen Kamm geschert werden.

Deshalb darf es in der europäischen Sozialpolitik auch keine Mehrheitsentscheidungen geben, so wie das Kommissions-Präsident Juncker jetzt vorgeschlagen hat. Hier sind wir nicht seiner Meinung!

Sozialpolitik ist Sache der Mitgliedsstaaten – dort ist sie auch richtig verortet.

Meine Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft bekennt sich klar zu den Werten, die Europa stark gemacht haben:

- die Achtung der Menschenwürde,
- Freiheit,
- Demokratie,
- Rechtsstaatlichkeit
- und die Wahrung der Menschenrechte

Gerade jetzt, wenige Monate vor der Europawahl, müssen wir diese Werte hochhalten.

Wir dürfen den Anti-Europäern nicht das Feld überlassen und müssen eine Debatte darüber anstoßen, wie wir in Zukunft in Europa leben wollen!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen angenehmen Abend und übergebe das Wort jetzt an Herrn Oettinger!